2. Interpellation von Stephan Tobler, Pascal Schmid und Gottfried Möckli vom 1. Oktober 2018 "Handlungsbedarf bei der Polizei?" (16/IN 36/278)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Tobler, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Antwort. Unsere Polizei hat es verdient, dass wir uns noch intensiver mit ihrer anspruchsvollen Arbeit auseinandersetzen. Der Bestand des Polizeikorps ist äusserst knapp, die Bedrohungen und Gewalttaten gegenüber Polizistinnen und Polizisten nehmen zu und die Polizeiarbeit wird vor allem betreffend Cyberkriminalität, häusliche Gewalt, mafiöses Vorgehen, Vergewaltigungen, Terrorismus und Hooliganismus immer anspruchsvoller. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Tobler, SVP: Ich danke für die Zustimmung zur Diskussion. Damit stärken wir der Polizei den Rücken. Das verdient sie, denn ihre Arbeit wird immer anspruchsvoller und auch risikoreicher. Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates und wird durch bestens organisierte und gut ausgerüstete Polizeiorgane gewährleistet. Die Bevölkerung muss, soll und darf die Sicherheit spüren, die von der Polizei ausgestrahlt wird. Es ist unbestritten, dass wir über einen sehr tiefen Korpsbestand verfügen. Der Thurgau rangiert bei der Polizeidichte an letzter Stelle aller Kantone. In unserem Kanton gibt es demnach am wenigsten Polizisten pro Einwohner. Zwar präsentiert sich der Thurgau insgesamt etwas friedlicher als die meisten anderen Standorte in der Schweiz. Aber auch hier hat die Globalisierung Einzug gehalten. Gewalt und Verbrechen werden internationaler. Zudem nimmt der Kanton Thurgau auch Verpflichtungen in Konkordaten wahr. Aktuell beschäftigt sich eine Kommission mit der künftigen Entwicklung unseres Polizeikorps. Wir hoffen zu gegebener Zeit auf die Unterbreitung eines guten Vorschlags. Ich bin davon überzeugt, dass der Bedarf einer Bestandserhöhung des Polizeikorps ausgewiesen ist. Denn nicht nur in den Zentren, sondern auch an der Peripherie und in den Landgemeinden wünschen wir uns eine Polizeipräsenz, die spürbar ist. Ein weiterer wichtiger Punkt sind die zunehmenden Bedrohungen und Gewalttaten gegenüber Polizisten. Dieser Aspekt stellte den Auslöser für den Vorstoss an den Regierungsrat dar. Unternehmen wir genug für die Sicherheit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten? Ist die Polizeiaufgabe heute unter diesen Umständen noch attraktiv genug? Werden Polizistinnen und Polizisten an der Front von Politik und Bevölkerung ernst genommen? Die Arbeit der Polizei wird immer anspruchsvoller. Ich denke dabei beispielsweise an häusliche Gewalt. Ich bedaure zwar, folgenden Umstand erwähnen zu müssen, aber erst vor Weihnachten war

den Medien zu entnehmen, dass es sich bei den Tätern laut Bundesamt für Sicherheit vor allem um ausländische Männer handle. Weitere prekäre Bereiche, mit welchen sich die Polizei in ihrer Arbeit konfrontiert sieht, stellen Cyberkriminalität, Wirtschaftskriminalität, mafiöses Vorgehen an verschiedenen Fronten, Vergewaltigungen, Hooliganismus und sogar Terrorismus dar. Die Medien erstatten regelmässig Bericht über derartige Vorkommnisse. Gewalttaten kommen nicht einfach nur in fernen Ländern vor, auch im ländlichen Thurgau ist diesbezüglich Vorsicht geboten. Grundsätzlich winde ich der Polizei ein Kränzchen: Sie verrichtet ihre Arbeit gut. Ich appelliere an den Grossen Rat als politisch verantwortliches Gremium: Lassen Sie uns Sorge tragen zu unserer Polizei und ihr weiterhin den Rücken stärken.

Wiesli, SVP: Unser Kanton rühmt sich in politischen Angelegenheiten oft als Kanton der kurzen Wege. Aber auch Verbrecher loben unseren Kanton für die kurzen Arme der Polizei. Die Kantonspolizei Thurgau ist eine gut aufgestellte Organisation, die bei Bevölkerung und Behörden in hohem Masse akzeptiert ist. Ich betone, dass unsere Polizei mit minimalem Personalaufwand überdurchschnittliche Leistungen erbringt. Die Polizeiarbeit wird immer komplexer. Da zu wenig Personal vorhanden ist, steigen die Belastung und die Anforderungen an Polizistinnen und Polizisten besonders in den im Rahmen der Reorganisation erkannten Problemfeldern Prävention, Einsatzbewältigung, Cybercrime, Gefährder und Extremismus. Wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung richtig dargelegt hat, ist es unumgänglich, mit der steigenden Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner auch die Anzahl der Polizeieinsatzkräfte zu erhöhen. Beim Glauben, der Thurgau sei ein "Platz der Seligen" und nur von Gutmenschen bevölkert, handelt es sich um einen Irrtum. Die Meldungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich unter unseren Einwohnern auch Mafiosi, Einbrecher, Betrüger, Vergewaltiger, Mörder und Terroristen befinden. Nach knapp zehn Aufbaujahren wurde der Vollbestand der Kantonspolizei mit 385 Polizistinnen und Polizisten nun endlich erreicht. Wir verfügen jetzt über einen Polizisten pro 717 Einwohnern. Trotzdem ist der Kanton Thurgau bezüglich der Polizeidichte das gesamtschweizerische Schlusslicht. In ruhigen Zeiten kann dennoch von einem Normalbetrieb gesprochen werden. Aber handelt es sich tatsächlich um "ruhige" Zeiten? Während der zehnjährigen Aufstockung sind neue, personalintensive Problemfelder aufgetaucht, beispielsweise die Anschlaggefahr bei Grossanlässen oder für beliebte Freizeitziele. Plötzlich haben wir es mit unbekannten Gefährdern, Extremisten und Cybercrime zu tun und da die Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union (EU) abnehmen, blüht auch die grenzübergreifende Banden- und Kleinkriminalität plötzlich auf. Zudem zeigt sich die weltpolitische Lage sehr unruhig und man kann nie wissen, wohin das führen wird. Als mein Vater noch Polizist war, stellten Polizeileute Respektspersonen dar. Heute muss ein Polizeibeamter ständig damit rechnen, angepöbelt zu werden. Daher muss eine Polizeipatrouille immer aus mindestens zwei Personen bestehen. Häufig wären drei Polizeikräfte besser und oft wären sogar noch mehr Einsatzkräfte nötig, wenn

sich enthemmte, völlig skrupellose Straftäter der Festnahme entziehen und sich durch Gewalt und mit Drohungen Vorteile verschaffen wollen. Wenn ich von Aufstockung spreche, ziele ich nicht auf Strassenverkehrskontrollen ab. Diese funktionieren im Thurgau sehr gut, was ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Auch nach der Erhöhung um 91 Polizistinnen und Polizisten im Verlauf der nächsten zehn bis zwölf Jahre auf insgesamt 475 Polizeibeamtinnen und -beamte werden wir uns noch immer weit entfernt befinden vom aktuellen Schweizer Durchschnitt mit einem Polizisten auf 454 Einwohnern. Zudem werden bis dahin auch andere Kantone ihre Korps aufstocken. Entsprechende Erhöhungen wurden teilweise bereits beschlossen. Hand aufs Herz: Bezüglich der Finanzen besteht kein Problem, denn eine steigende Bevölkerung bedeutet auch steigende Einnahmen. Erfreulich ist, dass unsere Polizistinnen und Polizisten offenbar wenigstens hinsichtlich ihrer Ausrüstung auf dem neusten Stand sind. Das soll auch so bleiben. Zusammenfassend halte ich fest, dass der Regierungsrat seine Arbeit gut gemacht hat. Entsprechend einem Blick in die Zukunft soll die Grundstruktur nun den neuen Anforderungen angepasst werden. Der massvoll ansteigende Personalbedarf für die nächsten zehn Jahre wurde nachvollziehbar aufgezeigt. Die SVP-Fraktion unterstützt dieses Anliegen.

Frischknecht, EDU: Die Botschaft und der Antrag des Regierungsrates betreffend die Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei auf maximal 475 Polizistinnen und Polizisten liegt dem Grossen Rat des Kantons Thurgau vor und die vorberatende Kommission hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Daher erachtet es die EDU-Fraktion als wenig sinnvoll, den zu erwartenden Ergebnissen mittels einer Interpellation vorzugreifen. Wir empfinden es als unseriös, im Parlament über dieselbe Thematik zu debattieren, für welche zugleich vorberatende Kommissionssitzungen stattfinden. Die EDU-Fraktion wird sich auch weiterhin in der vorberatenden Kommission zum Antrag des Regierungsrates äussern, auch wenn sie dort nur über einen Beobachtersitz verfügt.

Pagnoncini, GLP/BDP: Das Departement für Justiz und Sicherheit (DJS) und der Polizeikommandant haben den Grossen Rat erst kürzlich die Neuorganisation der Polizeiposten verabschieden lassen, ohne auch nur ansatzweise auf die geplante, massive Bestandserhöhung hinzuweisen. Was läuft hier falsch? Die Umstrukturierung wurde uns unter anderem mit Einsparungen von Mietkosten schmackhaft gemacht. Mit der geografisch zwar sinnvollen Umsiedlung der Verkehrspolizei nach Weinfelden sind die Mietkosten nun aber bereits wieder höher als zuvor. Demnächst kommen notwendige bauliche Massnahmen hinzu. Die GLP/BDP-Fraktion bedauert, dass derartige Anliegen nicht als Ganzes besprochen werden. Solche Vorgehensweisen schüren Zweifel und Unmut. Die zuständige Kommission wird den Ablauf hierzu bestimmt überprüfen. Im Verlauf des aktuellen Reorganisationsprojekt LYNX hat sich im Korps scheinbar einiges zum Positiven verändert. Es gilt jedoch zu unterstreichen, dass die Reorganisation noch nicht abge-

schlossen ist. Um den Anforderungen eines modernen Polizeikorps gerecht zu werden, müssen noch immer einzelne Anpassungen erfolgen. In der Beantwortung des Regierungsrates ist die Formulierung "Agieren statt Reagieren" zu finden. Bereits mehrfach wurde an mich herangetragen, dass Mitarbeitende der Polizei aufgrund fehlender Ressourcen stark überlastet seien. Das Handeln der Kantonspolizei besteht aktuell leider eher aus Reagieren statt Agieren. Zwar wurde mit der Botschaft vom 3. September 2019 eine Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei um 91 Polizistinnen und Polizisten innerhalb der nächsten zehn bis zwölf Jahren beantragt. Aber zehn bis zwölf Jahre entsprechen einer langen Zeit. Bestimmt würden auch kurzfristige Handlungsmöglichkeiten bestehen, um eine Entlastung der Polizei und eine Verbesserung ihrer Präsenz zu erreichen, beispielsweise mit der besseren Bekanntmachung der Online-Plattform "iPOLiS", der Schulung der gesamten Regionalpolizei zur Vorgehensweise bei kleineren Fällen von Cyberkriminalität oder einer eindeutigen Regelung der Zuständigkeiten. Ist es wirklich sinnvoll, dass die Polizei mehrmals täglich für Kleintiere wie Katzen oder Hunde beziehungsweise das Auslesen von Chips ausrücken muss? Dasselbe gilt beispielsweise für Einsätze zur fürsorgerischen Unterbringung von sogenannt renitenten Patienten in Kliniken. Es stellt sich die Frage, ob die Polizei in solchen Fällen vielleicht nicht zu einfach und zu kostengünstig aufgeboten werden kann. Mit einer klaren Zuständigkeitsregelung für derartige Klein- und Nebenaufgaben könnte eine erste Entlastung erfolgen. Für die Präsenz der Polizei in den Städten, Dörfern und Quartieren ist nicht nur der Personalbestand verantwortlich. Besteht kein Zuständigkeits- und Verantwortungsgefühl, ist fehlendes Interesse die Folge. War es tatsächlich sinnvoll, die Regionszuständigkeiten aufzulösen und nicht mehr auf individuelle Orts-, Personen- und Strukturkenntnisse zurückzugreifen? Für die persönliche Sicherheit der Polizeikräfte ist eine zeitgemässe, moderne Ausrüstung erforderlich. Warum werden vor allem Instruktoren mit Tasern ausgerüstet, und nicht auch weiteres Korpspersonal? Natürlich müsste der Einsatz regelmässig geschult werden, aber alleine das Vorhandensein dieser weiteren Waffe kann deeskalierend wirken und somit grössere Sicherheit für das Einsatzpersonal bieten. Dies zeigt sich in unseren Nachbarkantonen Schaffhausen, Zürich und St. Gallen. Es ist wichtig, dass Entwicklungen, Prozesse, Arbeiten sowie Aus- und Weiterbildungen stetig überprüft und den Anforderungen angepasst werden. Auch eine einheitliche Vorgehensweise aller Polizeiposten könnte zur Entlastung beitragen. Im Zusammenhang mit Vandalismus, Betrug oder Umweltverschmutzung durfte ich bereits mehrfach vom Dienst der Kantonspolizei profitieren. Deshalb richte ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Polizistinnen und Polizisten, die täglich pflichtbewusst ihren Einsatz zugunsten der öffentlichen Sicherheit leisten. Die GLP/BDP-Fraktion bittet den Grossen Rat, den Bedarf zu erkennen und den Antrag zur Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei zur gegebenen Zeit zu unterstützen.

Hugentobler, SP: Manchmal wird man im Leben von der Realität überrollt. Die Interpellation mit den Fragen zur Polizei wurde am 1. Oktober 2018 eingereicht. Auch ich habe die Interpellation mitunterzeichnet, da ich die Fragen als berechtigt erachtete. Am 11. September 2019 wurde dem Grossen Rat die Botschaft des Regierungsrates betreffend die Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei unterbreitet, wodurch die Interpellation eigentlich hinfällig wurde. Die Botschaft lieferte über das Spektrum der gestellten Fragen hinaus Antworten. Regierungsrätin Komposch sah sich demnach mit einem Luxusproblem konfrontiert: Sie verfügte über so viele Antworten, aber es fehlten die Fragen. Normalerweise stellt das parlamentarische Instrument der Interpellation einen Anstoss für den Regierungsrat dar, sich zu einem Thema vertieft Gedanken zu machen. Die heutige Diskussion soll wohl eher für die Kommissionsmitglieder einen Anstoss sein, das Geschäft sorgfältig zu behandeln und die vom Regierungsrat angebotenen Lösungen dankend und weitsichtig anzunehmen. Ich danke der Kommission für ihre verantwortungsvolle Arbeit.

Franz Eugster, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Auf jene Fragen, die den Bestand des Polizeikorps betreffen, gehe ich nicht ein, da diese aktuell in der vorberatenden Kommission besprochen werden. Ich fokussiere mich auf das Thema "Drohungen und Gewalt gegenüber der Polizei". Ein Angriff auf unsere Polizei geht meines Erachtens einher mit einem Angriff auf unseren Staat. Dagegen muss entschieden vorgegangen werden. Die CVP/EVP-Fraktion stellt sich ganz klar gegen jegliche Gewalt und Drohungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten oder auch gegen Behördenmitglieder und Amtsträger. In solchen Fällen unterstützen wir ein konsequentes Vorgehen gegen die Täter. Diesbezüglich würde ich auch eine Verschärfung der Strafnorm begrüssen. Wir sollten der Polizei den Rücken stärken. Am besten gelingt das, wenn wir uns selber immer wieder mit der Polizei identifizieren und bestimmt für ihr Handeln einstehen. Es ist wichtig, dass wir immer wieder positiv über die Polizei berichten und die Polizeiarbeit achten und anerkennen. Natürlich erwarten wir von der Polizei auch, dass sie sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern korrekt verhält. Die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten liegt uns am Herzen und an dieser Stelle möchte ich ihnen herzlich für ihre Arbeit danken.

Grütter, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die fundierte Beantwortung der Interpellation. Die Beantwortung ist deshalb fundiert, weil nicht Zeitungsmeldungen, sondern überprüfbare Fakten und Statistiken die Grundlage bilden. Die Thurgauer Statistik aus dem Jahr 2018 zeigt keine signifikant anhaltende Zunahme von Gewalt gegen Polizisten. Die Straftaten insgesamt haben zwischen 2017 und 2018 um 6% auf 9'770 Fälle zugenommen. Die Zahl für das Jahr 2018 liegt aber deutlich unter dem Niveau von 11'822 Straftaten im Jahr 2013. Von den 993 Gewaltstraftaten im Jahr 2018 handelt es sich in 44 Fällen um Gewalt und Drohungen gegen Beamte im weiteren Sinn.

Das ist eine Zunahme von 50% gegenüber dem Vorjahr. In 15 dieser Fälle waren die betroffenen Beamten Polizistinnen oder Polizisten. Im Vorjahr waren es 13. Die blosse Androhung von Gewalt gegenüber Beamten im weiteren Sinn hat von 2017 bis 2018 um 5% zugenommen. Die Gesellschaft hat sich in den letzten 20 Jahren verändert und ist gewaltbereiter geworden gegenüber Beamten beziehungsweise Repräsentanten der Staatsmacht. In der Stadt Zürich werden die Angehörigen der Sanität von Schutz & Rettung Zürich mit Schutzwesten ausgerüstet. Einsätze der Sanität werden von mindestens einer Polizeipatrouille begleitet, um die direkte und indirekte Sicherheit zu gewährleisten. Oft können die Rettungssanitäterinnen und -sanitäter nur unter diesem Schutz helfen. Alkohol und Drogen haben in unserer 24-Stunden-Gesellschaft einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung. Auch wenn die Medien dies mitunter dramatisch anders aussehen lassen, stellt der Thurgau diesbezüglich noch eine heile Welt dar. Mit dem aktuellen Reorganisationsprojekt LYNX wird dem Handlungsbedarf Rechnung getragen. Mit einer geforderten Massnahme der Reorganisation, nämlich der Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei, befasst sich derzeit die vorbereitende Kommission. Vorweggenommen sei hier lediglich der Hinweis auf den bedeutenden Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit. Die objektive Sicherheit lässt sich anhand von Statistiken feststellen und erklären. Die subjektive Sicherheit beziehungsweise das individuelle Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger lässt sich nur bedingt empirisch erheben. So stellt beispielsweise die sogenannte Kriminalitätsfurcht ein Phänomen zwischen diffusen Ängsten und irrationaler Hysterie dar. Für die Beurteilung der Sicherheitslage, welche in der Konsequenz die erforderlichen Mittel für die Kantonspolizei legitimiert, müssen die objektive und die subjektive Sicherheit ausgewogen in die Analyse miteinbezogen werden. Die heutige Diskussion soll keinen Platz für politische Manifeste und Proklamationen bieten. Lassen Sie uns die Erkenntnisse der vorberatenden Kommission abwarten und auf diesen Grundlagen über einen allfälligen Handlungsbedarf entscheiden.

Engeli, GP: Ich spreche im Namen der GP-Fraktion. Die ersten drei Fragen der Interpellation beziehen sich hauptsächlich auf den Polizeibestand. Diesem Aspekt wird im Rahmen der Botschaft an den Grossen Rat betreffend die Erhöhung des Polizeibestandes Rechnung getragen. Die vorberatende Kommission hat ihre Arbeit bereits aufgenommen. Daher widme ich mich in der heutigen Diskussion den anderen Fragen, die sich auf den Schutz der Polizistinnen und Polizisten im Rahmen ihrer Diensttätigkeit beziehen. Die defensiv anmutende Beantwortung dieser Fragen seitens des Regierungsrates hat mich erstaunt. Der Regierungsrat vermittelt den Eindruck, als ob er sich rechtfertigen wolle. Zugleich verpasst er die Chance, das Anliegen, die Polizistinnen und Polizisten im Dienst besser zu schützen, aufzunehmen, sich kritisch mit der aktuellen Situation auseinanderzusetzen und gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen. Gemäss Aussagen der Polizistinnen und Polizisten, die ich befragt habe, lässt sich feststellen, dass respektloses Verhalten gegenüber Polizeikräften und Grenzwächtern zunimmt. Immer häufiger

werden sie Opfer von Beschimpfungen, Tätlichkeiten oder sogar Androhungen von Gewalt gegenüber ihren Familien. Aus der Beantwortung geht hervor, dass der Regierungsrat die Erhöhung des Polizeibestandes als Lösung für alle diese Probleme erachtet. Natürlich trägt eine grössere Polizeidichte auch zu mehr Sicherheit für Polizeikräfte bei. Es bedarf jedoch weiterer Massnahmen. Vielen von uns ist der Spruch "Die Polizei, dein Freund und Helfer" noch in guter Erinnerung. Er hat unsere Wahrnehmung der Polizei geprägt. Genau in diesem Sinne müsste die Bevölkerung wieder vermehrt sensibilisiert werden bezüglich der Polizeiarbeit. Das Image der Polizei könnte aufgefrischt und den jüngeren Generationen nähergebracht werden. Aber auch eine konsequente und kreative Ahndung von Fehlverhalten wäre erstrebenswert. Leider hat der Regierungsrat die Gelegenheit nicht ergriffen, vertiefter darüber nachzudenken oder uns in allfällige Überlegungen und daraus resultierende Ideen für Massnahmen einzuweihen. Schade, denn eine gesunde Polizei und eine wohlwollende und respektvolle Haltung der Bevölkerung gegenüber der Polizei sind wichtige Aspekte für die Sicherung unserer Demokratie.

Schmid, SVP: Am 27. September 2019 wurden im Rathaus Frauenfeld 15 junge Polizistinnen und Polizisten vereidigt und damit feierlich ins Polizeikorps aufgenommen. Regierungsrätin Komposch sagte, dass die Vereidigungsfeier für uns alle ein feierlicher, denkwürdiger aber auch froher Anlass sei. Genauso war es. Denkwürdig war aber nicht nur dieser Abend, sondern auch der Tag danach. Leider im negativen Sinn: Am 28. September 2019 wurde nämlich einer 25-jährigen Polizistin während der WEGA mitten in Weinfelden, praktisch vor dem Polizeiposten, heimtückisch der Haarzopf angezündet. Gott sei Dank blieb sie, von den verbrannten Haaren abgesehen, unverletzt. Versetzt man sich in die Lage der Polizistin, kann man dieses Vorkommnis kaum glauben, da die junge Frau an diesem Abend doch nichts anderes getan hat als ihren Job. Solche Vorfälle empfinde ich als schockierend. Leider häufen sich verbale und tätliche Übergriffe auf Polizisten. Wir hören wöchentlich beziehungsweise fast täglich davon. Dabei gehört es definitiv nicht zum Jobprofil eines Polizisten, sich beschimpfen, bespucken und schlagen lassen zu müssen, auch wenn es offenbar Leute gibt, die das glauben. Hetze gegen Polizisten gehört in gewissen autonomen Kreisen ja schon fast zum guten Ton. Das ist sehr schwer verständlich. Diese Entwicklung bereitet mir Sorgen. Uns allen sollte diese Entwicklung Sorgen bereiten, denn Übergriffe auf Polizisten stellen Übergriffe auf unsere staatliche Ordnung dar und richten sich somit gegen uns alle. Kantonsrat Eugster hat bereits darauf hingewiesen. Dagegen müssen wir unsere Stimme erheben. Die Politik ist gefordert, genau wie es Kantonsrätin Engeli bereits erwähnt hat. Deshalb hätte ich vom Regierungsrat in der Beantwortung der Frage nach geplanten Massnahmen zur Rückenstärkung der Polizei etwas mehr erwartet. In der Beantwortung ist nämlich lediglich ein Werbespot für die Bestandserhöhung zu lesen. Die geplante Aufstockung in Ehren, aber mit diesem Thema befasst sich aktuell eine vorberatende Kommission. Damit ist die Arbeit nicht getan. Allein mit der Absicht des Regierungsrates, den Soll-Bestand der Polizei zu

erhöhen, lassen sich noch keine guten Leute finden. Zurück zur Vereidigung im Rathaus in Frauenfeld, denn an dieser Stelle schliesst sich der Kreis: Für eine kompetente, schlagkräftige, bürgerfreundliche und auch menschliche Polizei sind Top-Leute nötig. Wir brauchen gute, hochmotivierte, junge Berufsleute. Genau solche, wie wir sie bereits heute im Korps haben. Diese Leute lassen sich künftig nicht besser finden, wenn solche Vorfälle Schule machen und die Politik sich darüber ausschweigt. Ich erwarte vom Regierungsrat ein glasklares Signal, und damit meine ich eine Null-Toleranz-Politik. Übergriffe auf Polizisten dürfen nicht hingenommen werden. Wir haben die Pflicht, unsere Polizistinnen und Polizisten wirksam zu schützen. Wir müssen ihnen den Rücken stärken und genau das erwarte ich auch vom Regierungsrat. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Möckli, SVP: Gesucht wird jemand, an dem alle herumkritisieren dürfen, bei dem sich niemand für die Arbeit bedankt, der sich von Chaoten mit Steinen und Petarden bewerfen, sich angreifen und offen beschimpfen lässt, der Gewalt und Drohungen hinnimmt und als Betroffener nicht ernst genommen wird. Wer würde sich auf diese Stellenanzeige bewerben? Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Interpellation. Zur ersten Frage: Die Cyberkriminalität wird künftig zunehmen. Gefragt sind also Personen, die dieser Situation entsprechen. Das müssen nicht zwingend Polizisten sein, vielmehr brauchen wir für diesen Bereich junge Leute beziehungsweise "Freaks", die den Angreifern auf Augenhöhe begegnen können. Zur zweiten Frage: Das Korps verfügt über zu wenige Leute an der Front. Zur dritten Frage: In der Beantwortung schreibt der Regierungsrat, jede Polizeikraft sei während ihrer Arbeit sichtbar und für die Bevölkerung ansprechbar. In Wirklichkeit zeigen die Beamten aber nur sichtbare Präsenz, wenn sie ihre Uniformen tragen. Zur vierten Frage: Art. 285 des Strafgesetzbuches "Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte" müsste dahingehend verschärft werden, dass es weniger Geldstrafen gäbe. Zur fünften und sechsten Frage: Die Polizistin oder der Polizist verfügt derzeit über die Möglichkeit, sich mit Worten, Pfefferspray, Schlagstock oder Schusswaffe wehren. Die Polizistinnen und Polizisten müssen sich viel gefallen lassen und dürfen im Gegenzug keine Fehler machen, da ihnen sonst ein Disziplinarverfahren droht. Im Falle eines Schusswaffengebrauchs kommt es sogar zu einem Gerichtsverfahren. Der Täter hingegen darf sich gegenüber der Polizei alles erlauben. Zur siebten Frage: Die Anforderungen an die Polizistinnen und Polizisten werden immer grösser. Wir Politikerinnen und Politiker stehen in der Pflicht, der Polizei den Rücken zu stärken.

Regierungsrätin **Komposch:** Ich danke für die Diskussion zur Interpellation und über den Zustand des Polizeikorps. Erfreut stelle ich fest, dass der Grosse Rat die Situation sehr gut erkannt hat. Ich erkläre mich mit den allermeisten Voten einverstanden und bin gerne dazu bereit, zusätzliche Informationen zu erteilen. Ich betone, dass der Bericht bezüglich des Reorganisationsprojekts LYNX zum Zeitpunkt der Beantwortung der Inter-

pellation noch nicht vorgelegen hat. Demnach mussten wir uns etwas zurückhalten. Im Wissen um die zeitnahe Erscheinung des Fachberichts konnten wir keine politische Aussage verlauten lassen, da wir allfällige Differenzen vermeiden wollten. Der Fachbericht respektive der Bericht zum Polizeikorps liegt nun vor und insofern kann ich mich heute zu gewissen Themen differenzierter äussern als zuvor. Klar ist, dass sich die Sicherheitslage sowohl in der Schweiz als auch im Kanton Thurgau verändert hat. Im nahen Ausland erfolgten Anschläge. Als Grenzkanton sieht sich der Thurgau mit den besonderen Herausforderungen Bodensee, Ausschaffungszentrum und Grenznähe konfrontiert. Zudem verfügt unser Kanton, gemessen an der Bevölkerung, über das kleinste Korps. Diese Fakten sind hinlänglich bekannt und der Diskussion war zu entnehmen, dass der Grosse Rat Handlungsbedarf erkennt. Zur Bestandserhöhung werde auch ich mich heute nicht äussern. Hingegen möchte ich auf die Hinweise zur Situation, in welcher sich unsere Polizistinnen und Polizisten befinden, eingehen. Unsere Polizeikräfte vollbringen nämlich ausserordentliche Leistungen. Wie es Kantonsrat Wiesli eindrücklich geschildert hat, werden sie in hohem Masse gefordert. Sie sehen sich mit neueren Gefahren wie Terror oder Cybercrime konfrontiert, aber genauso mit häuslicher Gewalt, die momentan in der dunklen Jahreszeit ihre Hochsaison erlebt. Zudem haben Polizistinnen und Polizisten auch verbale und körperliche Gewalt zu erdulden. Kantonsrat Schmid hat ein leidiges Beispiel erwähnt. Fakt ist, dass viele Polizistinnen und Polizisten aufgrund ihrer Belastungen erkranken. Die Krankheitsfälle häufen sich, wobei es sich um ein Phänomen handelt, das erst in den letzten Jahren aufgekommen ist. Die Problematik von Gewalt an Polizeikräften wurde heute schon mehrfach erwähnt. Dieser Aspekt stellt sowohl innerhalb der Polizei als auch in den Rapporten der Kommandanten mit mir ein grosses Thema dar. Es ist nicht so, dass wir diesbezüglich nichts unternehmen. Aber dass alles, was wir tun, um dieser Gewalt zu begegnen, auch Ressourcen benötigt, stellt eine unausweichliche Tatsache dar. So wären auch für eine eingehendere Sensibilisierung der Bevölkerung Ressourcen nötig. Unsere Polizistinnen und Polizisten werden in der Schule in Amriswil auf gewaltgeladene Vorkommnisse gegen die eigene Person vorbereitet und entsprechend geschult. Selbstverteidigungskurse und Polizeiethik sind Fächer, die es noch nicht so lange gibt. Mit der Bestandserhöhung sollen die Patrouillen gestärkt werden, sodass im Falle eines Ereignisses nicht nur ein Fahrzeug, sondern zwei beziehungsweise mit Schwerpunktelement vielleicht sogar drei Fahrzeuge anwesend sein können. Somit wären insgesamt sechs Polizistinnen und Polizisten vor Ort. Ich betone und wiederhole, dass verstärkte Patrouillen und mehr Polizeikräfte wirklich notwendig sind. Im Rahmen einer Nachtpatrouille am Bahnhof Weinfelden habe ich hautnah miterlebt, dass nur zwei Polizisten alleine in einer eskalierenden Situation nicht zu verantworten sind. Immer wieder sprechen wir auch über den Einsatz von Bodycams. Die diesbezüglichen Meinungen zeigen sich gespalten. Handelt es sich dabei wirklich um ein Instrument, das den Polizisten die nötige Sicherheit zu vermitteln vermag? Vorerst warten wir die Ergebnisse des Pilotversuchs in der Stadt Zürich ab. Zu Kantonsrat Schmid:

Nein, ich schweige nicht. Die nötigen gesetzlichen Grundlagen, um die Täter, die unsere Polizei angreifen, zur Anzeige zu bringen und ein Strafverfahren einzuleiten, existieren. Ich verweise diesbezüglich auf die Tabelle in der Beantwortung. Die Verantwortung über die Härte der Urteile liegt bei den Gerichten. An dieser Stelle spiele ich den Ball gerne auch ein Stück weit an die Justiz zurück. Ich wiederhole: Dass es unseren Polizeikräften gut geht, ist mir ein grosses Anliegen. Dazu ist ein Strauss von Massnahmen nötig. Die Massnahmen sind aber ganz schwierig umzusetzen ohne genügend Leute und eine stabile Basis. Kantonsrätin Pagnoncini hat viel Kritik geübt, was legitim ist. Folgendes möchte ich jedoch klarstellen: Mit der von ihr erwähnten Reorganisation sprach sie die Schliessung der Polizeiposten im Rahmen der Massnahmen des Projekts Haushaltsgleichgewicht 2020 (HG2020) an. HG2020 und LYNX sind aber auseinander zu halten, auch wenn die Polizei von beiden Projekten betroffen ist. Der Grosse Rat hat die Schliessung der Polizeiposten trotz kontroverser Diskussionen gutgeheissen. Diese Massnahme hat nichts zu tun mit dem grossen Reorganisationsprojekt LYNX, das übrigens auch innerhalb der Polizei zu Verunsicherungen führt. Ich verfolge das Ziel, dieser Verunsicherung mit einer klaren Strategie zu begegnen. So wird das Projekt einen guten Abschluss finden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.